

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Gehaltsforderung von Verdi angesichts anhaltend schwieriger Branchenlage unrealistisch

- **Karl von Rohr: „Der Verteilungsspielraum ist sehr gering“**
- **Banken unverändert erheblich belastet durch Niedrigzinsen, verschärfte Regulierung, verändertes Kundenverhalten und hohe Investitionen in neue digitale Geschäftsmodelle**

Berlin, 30. November 2018. Die Banken-Arbeitgeber haben die Gehaltsforderung der Gewerkschaft Verdi in Höhe von 6,0 Prozent für die anstehende Tarifrunde (Beginn: 15. Februar 2019) als unrealistisch zurückgewiesen. Die Branchenlage sei weiterhin ausgesprochen schwierig und habe sich seit dem vorherigen Tarifabschluss Mitte 2016 bei schwacher Ertragslage und hohem Kostendruck nicht verbessert. „Eine Gehaltsforderung in dieser Höhe suggeriert, dass sich das Bankgewerbe auf demselben Niveau bewegt wie gut laufende Industriebranchen. Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall“, sagte Karl von Rohr, Verhandlungsführer der Banken-Arbeitgeber. Während die Wertschöpfung in der Gesamtwirtschaft kontinuierlich und spürbar wachse, stagniere sie in der Finanzwirtschaft seit Jahren. Die Banken seien unverändert durch Niedrigzinsen, verschärfte Regulierung, verändertes Kundenverhalten und hohe Investitionen in neue digitale Geschäftsmodelle erheblich belastet, sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Kostenseite. „Es bleibt dabei: Der Verteilungsspielraum beim Gehalt ist sehr gering, die Abschlüsse in anderen Branchen sind kein realistischer Maßstab. Die Verdi-Forderung ist weit entfernt von dem, was wir uns leisten können“, so von Rohr.

Die Arbeitgeber betonten, Kostendisziplin sei für die Banken nach wie vor das oberste Gebot – auch mit Blick auf die Tatsache, dass das Gehaltsniveau in der Branche immer noch weit überdurchschnittlich sei, obwohl manche Tätigkeiten durch die fortschreitende Digitalisierung auch einfacher geworden seien. Das gelte insbesondere für das Privatkundengeschäft.

Zugleich verwiesen die Arbeitgeber auf erhöhte volkswirtschaftliche Unsicherheiten, die erheblich auf das Bankgeschäft durchschlagen könnten. Dazu zählten zunehmende politische Instabilität und protektionistische

Handelspolitik ebenso wie die deutliche Konjunkturabschwächung in Deutschland.

Presseinformation

Berlin,
30. November 2018
Seite 2

Dem AGV Banken gehören rund 110 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit rund 145.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen. Vorsitzender des AGV Banken ist Karl von Rohr, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank AG.

Pressekontakt: Carsten Rogge-Strang
Geschäftsführer Tarifpolitik/Kommunikation
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74